



NEUDRUCK

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend

20. Sitzung (öffentlich)

13. September 2018

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 10:50 Uhr

Vorsitz: Wolfgang Jörg (SPD)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Prävention und Repression – Für eine stimmige Gesamtstrategie gegen Salafismus in Nordrhein-Westfalen 3

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/2750

Der Antrag Drucksache 17/2750 wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der AfD angenommen.

2 Neustrukturierung der Schulsozialarbeit in NRW 9

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/3013

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der CDU, der FDP und der AfD gegen die Stimmen der Grünen und der SPD-Fraktion eine nachrichtliche Beteiligung.

3 Intersexuelle Menschen nicht länger pathologisieren 12

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN
Drucksache 17/3027

Der Ausschuss einigt sich darauf, eine Sachverständigenanhörung durchzuführen. Die Einzelheiten werden im Obleutegespräch geklärt.

4 Ausführungsgesetz zu § 47 Abs. 1 b AsylG 13

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/2993

Der Ausschuss einigt sich darauf, im Obleutegespräch am Rande des Plenums das Verfahren – pflichtige oder nachrichtliche Beteiligung des Ausschusses – festzulegen.

5 Verschiedenes 14

– Reise nach Island –

* * *

4 Ausführungsgesetz zu § 47 Abs. 1 b AsylG

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/2993

Vorsitzender Wolfgang Jörg führt einleitend aus, das Plenum habe den Antrag in seiner Sitzung am 11. Juli 2018 zur federführenden Beratung an den Integrationsausschuss sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend überwiesen. Die abschließende Abstimmung solle im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Der Integrationsausschuss werde den Antrag erstmals am 26. September 2018 beraten. Der Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend berate den Antrag heute erstmals. Der Vorsitzende regt an, in der nächsten Obleuterunde am Rande des Plenums die Beteiligungsform für eine mögliche Anhörung im federführenden Ausschuss – pflichtig oder nachrichtlich – festzulegen, und stellt Einverständnis mit diesem Vorschlag fest.

Auf die Information des Abgeordneten **Dr. Dennis Maelzer (SPD)**, dass dazu eine schriftliche Anhörung durchgeführt würde und man daher die Stellungnahmen abwarten könne, erwidert der Vorsitzende, dass ihm eine solche Information nicht vorliege.

Margret Voßeler (CDU) teilt mit, dass der Punkt erst auf der Sitzung am 26. September 2018 beraten werden solle.

Der Ausschuss einigt sich darauf, im Obleutegespräch am Rande des Plenums das Verfahren – pflichtige oder nachrichtliche Beteiligung des Ausschusses – festzulegen.

